

MAGAZIN

Oktober 2020/Nr. 1

Zeitbilder



DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DEN USA

© franckreporter/iStockphoto

Ein historischer Rückblick

Das Parteiensystem der USA

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur

Vorwahlen und Bundesparteitage

Wer darf wählen, wann wird gewählt?

Elektorenstimmen, Electoral College und Amtseinführung

Die Präsidentschaftskandidaten 2020



© liorpi/istock/Getty Images plus

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DEN USA

Josef Scheipl, Alois Scheucher

Ein historischer Rückblick

Im November 2020 finden die 59. Präsidentschaftswahlen seit Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1776 statt. Der Präsident bzw. die Präsidentin der USA wird jeweils für vier Jahre gewählt. Ursprünglich gab es keine Beschränkung der Amtszeit, und bis Ende der Regierungszeit des 31. Präsidenten der USA, Herbert Hoover, kandidierte kein Präsidentschaftsanwärter für mehr als zwei Amtsperioden. Da jedoch Hoovers Nachfolger, Präsident Franklin D. Roosevelt († 1944), ab 1932 viermal in Folge zum Präsidenten gewählt wurde, beschränkte man 1951 mit dem 22. Zusatzartikel (Amendment) zur US-Verfassung die Amtszeit auf zwei Wahlperioden.

Die US-Präsidenten – bis heute waren es ausschließlich Männer – werden nicht direkt vom Volk gewählt. Seit der ersten Wahl im Jahr 1789 werden sie indirekt durch von den einzelnen Bundesstaaten (BS) bestimmte Elektoren (Wahlleute; ursprünglich: Wahlmänner) gewählt. Ihre jeweilige Anzahl richtet sich nach der Einwohnerstärke der BS. Waren es bei der ersten Präsidentschaftswahl 69 Wahlmänner aus 10 BS, so sind es seit dem Jahr 1961 538 Wahlmänner und -frauen aus 50 Bundesstaaten und der Bundeshauptstadt Washington DC (District of Columbia). In 48 der 50 Bundesstaaten – ausgenommen sind Maine und Nebraska – gilt dabei das Prinzip: „The Winner takes it all“.

Wer kann Präsident bzw. Präsidentin werden?

Zum Präsidenten bzw. zur Präsidentin kann nur eine Person gewählt werden, welche

- in den USA geboren ist und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt („natural born citizen“);
- unbescholten (nicht rechtskräftig verurteilt) ist;
- älter als 35 Jahre ist;
- seit mindestens 14 Jahren in den USA lebt;
- vorher höchstens eine Amtsperiode lang die Funktion des Präsidenten bzw. der Präsidentin der USA ausgeübt hat.

Jede Person, welche diese Voraussetzungen erfüllt, kann sich um die Präsidentschaft bewerben. In der Regel haben aber nur Kandidaten bzw. Kandidatinnen eine Chance, die von einer der beiden großen politischen Parteien, den Demokraten oder den Republikanern, unterstützt werden.



Das Parteiensystem der USA

Das Parteiensystem der USA ist geprägt von zwei dominierenden Parteien, den „Demokraten“ und den „Republikanern“. Sie haben zahlreiche registrierte Mitglieder und unterscheiden sich grundlegend von europäischen Parteien.

Der an der Universität Salzburg lehrende österreichisch-amerikanische Politologe Reinhard C. Heinisch beschreibt sie so:

Amerikanische Parteien sind Vehikel, um Kandidaten die Wahl zu ermöglichen. Abgesehen vom Präsidentschaftskandidaten haben sie auch keine „Parteiführer“, die in der Öffentlichkeit präsent sind. Außer den Wahlplattformen des

Präsidentschaftskandidaten gibt es keine umfangreichen und verbindlichen Parteiprogramme, sondern in der Regel einige Grundsätze und ideologisch unterschiedliche Strömungen innerhalb der Parteien. Vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen ist ihre wichtigste Aufgabe das „fundraising“ [die Geldbeschaffung für die Wahlen; Anm.]. Und die wichtigste Veranstaltung der Parteien ist die alle vier Jahre stattfindende National Convention, die „Krönungsfeier“ für die gewählten Präsidentschaftskandidaten und -kandidatinnen. Dort wird auch die Wahlplattform, also die für die Wahl gültige Programmatik festgelegt.

(Reinhard C. Heinisch: Telefoninterview mit Alois Scheucher, 2.6.2020)



Die Parteisymbole der Demokraten (Esel) und der Republikaner (Elefant).

© Christos Georgiou/Getty Images/iStockphoto



Die Demokratische Partei

Ihre Mitglieder werden als „Demokraten“ oder kurz als „Dems“ bezeichnet. Sie gelten im Vergleich zu den Republikanern als liberaler und weniger konservativ. Zahlreiche Demokraten unterstützten im 20. Jh. die Aufhebung der „Rassentrennung“ bzw. die Bürgerrechtsbewegung. Obwohl sie auch Sozialreformen durchsetzten, vertraten sie eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik. Viele ihrer Anhängerinnen und Anhänger leben in den bevölkerungsstarken Bundesstaaten im Nordosten der USA, an der Pazifikküste (Kalifornien) und in den größeren Städten. 2018 hatte die Demokratische Partei ca. 60 Millionen Mitglieder.

Ihre Parteifarbe ist blau und ihr inoffizielles Wappentier ist der Esel.

Demokratische Präsidenten seit dem Ersten Weltkrieg waren Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt, Henry S. Truman, John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Jimmy Carter, Bill Clinton und Barack Obama.

Die Republikanische Partei

Die Mitglieder der Republikanischen Partei werden als „Republikaner“ bezeichnet, die Partei auch als „Grand Old Party“. Heute gelten die Republikaner im Vergleich zu den Demokraten als konservativer, obwohl ein Hauptziel ihrer Gründung (1854) darin bestand, gegen den Willen der Demokraten die Sklaverei in den Südstaaten abzuschaffen.

Besonders seit den 1960er Jahren unterscheiden sich die Republikaner von den Demokraten durch ein sehr konservatives Weltbild (z. B. Ablehnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und des Schwangerschaftsabbruchs, Befürwortung der Todesstrafe) sowie durch ihr Eintreten für eine besonders unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik und liberale Waffengesetze. Vorwiegend in den Südstaaten und in ländlichen Gebieten hat die Republikanische Partei viele Anhängerinnen und Anhänger (Mitgliederstand 2018: ca. 55 Millionen)

Die Parteifarbe der Republikaner ist rot, ihr inoffizielles Wappentier ist der Elefant.

Republikanische Präsidenten seit dem Ersten Weltkrieg waren Warren G. Harding, Calvin Coolidge, Herbert Hoover, Dwight D. Eisenhower, Richard Nixon, Gerald Ford, Ronald Reagan, George Bush sen. und George W. Bush jun. Auch der amtierende Präsident Donald Trump ist Republikaner.

„Dritte“ Parteien („Third Parties“)

Alle Parteien, die in den USA neben der Demokratischen und der Republikanischen Partei existieren, werden als „Third Parties“ bezeichnet. Ihre politische Bandbreite reicht von „Right-wing“ bis „Left-wing“ mit einer Vielzahl von kleinen, regionalen Gruppierungen.

Landesweit gibt es derzeit drei nennenswerte politische Parteien, die immer wieder auch eigene Kandidaten und Kandidatinnen bei den Präsidentschaftswahlen unterstützen:

- die Constitution Party:

gegründet 1991 als „Taxpayers Party“; die von Weißen getragene Partei orientiert sich an den sehr konservativen Werten der ursprünglichen Verfassung, der Unabhängigkeitserklärung und der Bibel.

- die Libertarian Party:

gegründet 1971; sie steht u. a. für liberale Wirtschaftspolitik, Steuersenkung, Abschaffung des Sozialstaates, Drogenfreigabe, gleichgeschlechtliche Heirat, Verbot der Todesstrafe und liberale Waffengesetze.

- die Green Party:

entstanden um 1990 aus den regionalen Grüppchen der 1980er Jahre; ihre Ziele gleichen jenen der europäischen Ökoparteien; sie fordert u. A. ein öffentliches Gesundheitssystem und kostenfreie Universitäten, Abschaffung der Todesstrafe und Drogenfreigabe.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Vergleiche die österreichische Parteienlandschaft mit jener in den USA in Bezug auf
 - Anzahl und Größe der Parteien.
 - die Organisation der Parteien.
 - die politischen Aufgaben der Parteien.



Joe Biden



Kamala Harris



Donald Trump



Mike Pence

© Wilfried Wirth/Interfoto/picturedesk.com

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur

Zwei wesentliche Voraussetzungen muss jeder Kandidat und jede Kandidatin mitbringen: ausreichend Geld für die Wahlkampagne und persönliche Bekanntheit.

Geld für Wahlkampfkosten – „hard money“ und „soft money“

Die Ausgaben für die Präsidentschaftswahlkämpfe sind in den letzten Jahrzehnten in ungeahnte Höhen gestiegen, von geschätzten 100 Millionen Dollar im Jahr 1968 auf 1,1 Milliarden im Jahr 2000 und auf geschätzte 2,7 Milliarden Dollar im Wahlkampf 2016 zwischen Donald Trump und Hillary Clinton. Heuer werden sie vermutlich noch einmal steigen. Die finanziellen Mittel dafür sollen vor allem durch Spenden sowie – je nach Vermögen – durch Eigenmittel der Kandidierenden aufgebracht werden.

Inhaltliche Programme treten im Vergleich dazu eher in den Hintergrund, meint der Politologe Peter Filzmaier:

Spendensammeln und Kontakte mit potenziellen Geldgebern sind demzufolge bereits vom Zeitaufwand her für Kongress- und Präsidentschaftswahlen wichtiger als das Bemühen um inhaltliche Programme. Entsprechende Abhängigkeiten können nicht ausgeschlossen werden. Das Hauptproblem ist jedoch mangelnde Transparenz.

(Peter Filzmaier: Geld regiert die Politik? Wahlkampffinanzierung in den USA. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 22. Jahrgang (2012) Heft 1, S. 105 – 116; hier: 105.)

Die gesetzlichen Vorgaben zur Wahlkampffinanzierung wurden in der Vergangenheit immer wieder geändert. Sie wurden und werden mit juristischen Tricks oftmals umgangen. Es gibt zwar klare Spendenlimits, aber diese betreffen nur Direktspenden von Einzelpersonen und von so genannten **Political Action Committees** (PACs) an mögliche Kandidaten und Kandidatinnen (**hard money**).

2016 nahm allein das Clinton-Wahlkampfkomitee knapp 564 Millionen Dollar an direkten Spenden ein, während das Komitee des Wahlsiegers Trump „nur“ 333 Millionen Dollar einsammeln konnte (Quelle: www.opensecrets.org/pres16; abgerufen: 9.6.2020).

Auch der Staat stellt für den Wahlkampf Geld zur Verfügung. Wer öffentliches Geld in Anspruch nimmt, wird allerdings in seinen Wahlkampfausgaben begrenzt. Wer

keine staatliche Unterstützung beansprucht, kann für den Wahlkampf finanzielle Mittel nahezu ohne Obergrenze ausgeben.

Mindestens so wichtig für die Finanzierung eines umfassenden Wahlkampfs ist das so genannte **soft money**: Damit können kleine und große Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie verschiedenste andere politische Interessensgruppen und reiche Einzelpersonen ihre Kandidaten und Kandidatinnen ohne finanzielle Obergrenze unterstützen.

Mit ihrem **soft money** organisieren sie Wahlkampfveranstaltungen, bezahlen Wahlwerbung und finanzieren Kampagnen gegen die politischen Gegner und Gegnerinnen in den Medien (TV, Zeitung, Radio etc.). Und schließlich wird dieses Geld auch verwendet, um möglichst viele Wählerinnen und Wähler für die Wahl im November zu mobilisieren.

Ein hoher Bekanntheitsgrad

Ein möglichst hoher Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen und Kandidaten soll vor allem über das Fernsehen (mit hunderten TV-Kanälen), aber auch über Zeitungen, Radio, Postwurfsendungen, öffentliche Auftritte und, seit der Jahrtausendwende immer stärker mit Hilfe des Internets, erreicht werden.

Daher sind Auftritte in Fernsehshows, bezahlte produzierte Unterhaltungsprogramme und Filme auf eigenen Sendeplätzen, tägliche Sendungen aus den Parteihauptquartieren sowie multifunktionale Apps und permanente Nachrichten auf Twitter, Facebook u. a. Teil des Wahlkampfes. Sowohl der frühere Präsident Barack Obama als auch der amtierende Donald Trump haben die Social Media (z. B. Twitter) sehr stark benutzt.

Da das Erreichen eines hohen Bekanntheitsgrades im Allgemeinen nur mithilfe von viel Geld möglich ist, haben unabhängige Kandidaten und Kandidatinnen kleiner Parteien bei dieser Form des Wahlkampfes in der Regel keine Chance auf einen Sieg.



Die Vorwahlen (Primaries)

In den USA ist für die Wahl nicht ein einzelner Tag, sondern das gesamte Wahljahr bedeutend. In der ersten Jahreshälfte werden normalerweise in den meisten Bundesstaaten die **Vorwahlen** der beiden Parteien abgehalten. In diesen entscheiden die Demokraten und Republikaner parteiintern, wen sie jeweils als Kandidaten oder Kandidatin für die Präsidentschaft vorschlagen.

Insgesamt ist die Vorgangsweise bei den Vorwahlen sehr unterschiedlich. Wie sie verlaufen und wer dabei wahlberechtigt ist, wird von den Parteien festgelegt und ist je nach Bundesstaat unterschiedlich:

- In manchen BS sind zu den Vorwahlen nur die registrierten Parteimitglieder zugelassen, in anderen wiederum können alle Wahlberechtigten an der geheimen Vorwahl teilnehmen.
- Manche BS führen als Vorwahl einen so genannten **Caucus** durch: Dabei werben in örtlichen Versammlungen persönliche Fürsprecher für einzelne Kandidatinnen und Kandidaten. Die Abstimmungen, an denen nur die registrierten Parteimitglieder teilnehmen, sind dann öffentlich. (In den meisten BS allerdings stimmen die Wahlberechtigten geheim in Wahllokalen ab.)
- In manchen BS werden Delegierte nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt („**The winner takes it all**“), in anderen wiederum werden diese nach dem Verhältniswahlrecht festgelegt.
- Auch die Wahltermine sind in den BS verschieden festgelegt. In der Regel startet der BS Iowa als Erster in die Vorwahlen. Ein besonderer Tag ist der „Super-Tuesday“. An diesem Tag (2020 am 3. März) finden in gut einem Dutzend der Bundesstaaten Vorwahlen statt.





Die Bundesparteitage der Demokraten und Republikaner (National Conventions)

Nach Abschluss der Vorwahlen finden die Bundesparteitage (**National Conventions**) der beiden Großparteien statt. Auf diesen stimmen die **gewählten Delegierten** und die so genannten **Superdelegierten** (höhere Parteifunktionäre und von der Parteiführung ausgewählte Personen) über die endgültige Nominierung ihres Präsidentschaftskandidaten ab. Dieses System wird von beiden großen Parteien praktiziert, ist aber nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Bisher waren die mehrtägigen National Conventions (NC) der Parteien als Massenevents mit tausenden Anhängerinnen und Anhängern organisiert. Diese haben ihre Präsidentschaftskandidaten und -kandidatinnen enthusiastisch gefeiert. In diesem Jahr musste aufgrund der Corona-Pandemie auf diese Großveranstaltungen verzichtet werden. Bei den NC der Demokraten waren keine Teilnehmerinnen und Teilnehmer zugelassen. Die Reden der Delegierten,

auch jene des Präsidentschaftskandidaten J. Biden, wurden nur im Internet übertragen. Die Diskussionen und die Nominierung des Tickets erfolgten in Form von Videokonferenzen. Die NC der Republikaner lief ähnlich ab. Nur zur Rede von Präsident D. Trump, die selbstverständlich auch im Internet mitverfolgt werden konnte, waren einige hundert Partei-

mitglieder eingeladen, um für gute Stimmung zu sorgen.

Bei den Demokraten setzte sich in den Vorwahlen des Jahres 2020 Joe Biden gegen zunächst über 20 Kandidatinnen und Kandidaten durch. Als letzter Gegenkandidat gab Bernie Sanders im April seine Kandidatur auf. Donald Trump konnte schon



Bundesparteitag 2016 der Demokraten, Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton im Wells Fargo Center in Philadelphia am 28.07.2016.

© SAUL LOEB/AFP/picturedesk.com



© Matt Rourke/AP/picturedesk.com

Bundesparteitag 2016 der Republikaner, das Ticket Donald Trump und Mike Pence bei der Abschlussfeier am 21.07.2016.

am 17. März die Mehrzahl der republikanischen Delegiertenstimmen für sich gewinnen.

Jeder der beiden Kandidaten wählt seinen Vizepräsidentschaftskandidaten aus. Das jeweilige Paar wird **Ticket** genannt. Donald Trump hat wieder Mike Pence als Vizepräsidentschaftskandidaten bestimmt, Joe Biden hat sich für die Senatorin Kamala Harris entschieden. Diese beiden „Tickets“ treten nach den National Conventions nun im Wahlkampf „im engeren Sinne“ gegeneinander an. Wer diesen Kampf gewinnt, entscheiden, allerdings nur indirekt, am bundesweiten Wahltag die Wahlberechtigten.



Wer darf wählen?

Grundsätzlich sind alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt. Der Politologe Filzmaier erklärt, wie unterschiedlich sich der tatsächliche Zugang zur Wahl in den USA im Vergleich zu Österreich gestaltet:

Die Registrierung liegt bei den Wahlwilligen, die sich persönlich um die Eintragung in die Wählerliste zu kümmern haben. Dies setzt die Investition von Zeit und Energie voraus und macht das Registrierungsverfahren zu einer [...] Barriere für die Wahlbeteiligung. Das Fehlen eines bundeseinheitlichen Wahlgesetzes führt zu unterschiedlichen Registrierungs- und Abstimmungsmodalitäten in den einzelnen Staaten, die sich selbst innerhalb eines Bundesstaates von Bezirk zu Bezirk unterscheiden können. [...] Während etwa in Deutschland wie in Österreich Wählerevidenzen automatisch erstellt werden und das Wählerservice von den amtlichen Wahlbehörden laufend verbessert wurde, um die Schwellenangst beim Betreten des Wahllokals zu senken, liegt die Wählerinformation in den Vereinigten Staaten bei freiwilligen Vereinen und Organisationen.

(Peter Filzmaier/Fritz Plasser: Politik auf amerikanisch. Wahlen und politischer Wettbewerb in den USA. Wien: Manz 2005, S. 65.)



Der Politologe Heinisch erklärt genauer, wie die amerikanische Wahlordnung funktioniert:

In den USA gibt es kein staatliches Melderegister und sehr viele Menschen haben weder einen Personalausweis und noch weniger einen Reisepass, weil sie das Land ohnedies nie verlassen. Es entscheidet daher jeder Bundesstaat bzw. Wahlbezirk, wie man sich als Wähler oder Wählerin registrieren lassen kann: manchmal braucht man einen Führerschein, manchmal genügt schon die persönlich vorgewiesene Stromrechnung und Wahlausweise gibt es normalerweise nur in der Hauptstadt. Etwa 27 Prozent lassen sich über eine Partei für die Wahl registrieren.

(Reinhard C. Heinisch: Telefoninterview mit Alois Scheucher, 2.6.2020)



„I voted“-Sticker als Werbemittel für die Wahlbeteiligung

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Fasst in Kleingruppen zusammen, wie die amtliche Vorgehensweise z. B. bei der Nationalratswahl 2019 erfolgte und welche Form der Stimmabgabe möglich war.
2. Listet die Unterschiede zum System in den USA auf.



Der Wahntag im November

Wahntag ist in den USA, wie im **Presidential Election Day Act** aus dem Jahr 1845 festgelegt, der Dienstag nach dem ersten Montag im November. Im Jahr 2020 ist dies der 3. November.

Zuständig für die Durchführung der Wahlen sind ausschließlich die einzelnen Bundesstaaten. Sie bestimmen, wie die Wahlzettel in den Distrikten aussehen, welche Kandidatinnen und Kandidaten dort angeführt werden und über welche Ämter neben dem Präsidentenamt noch abgestimmt wird (z. B. über Mitglieder des Repräsentantenhauses, des Senats, die lokalen Sheriffs und andere mehr). Ebenso entscheiden sie, wo, wann und wie gewählt werden darf (z. B. inwieweit Briefwahl erlaubt ist) und wie die Stimmen ausgezählt werden.

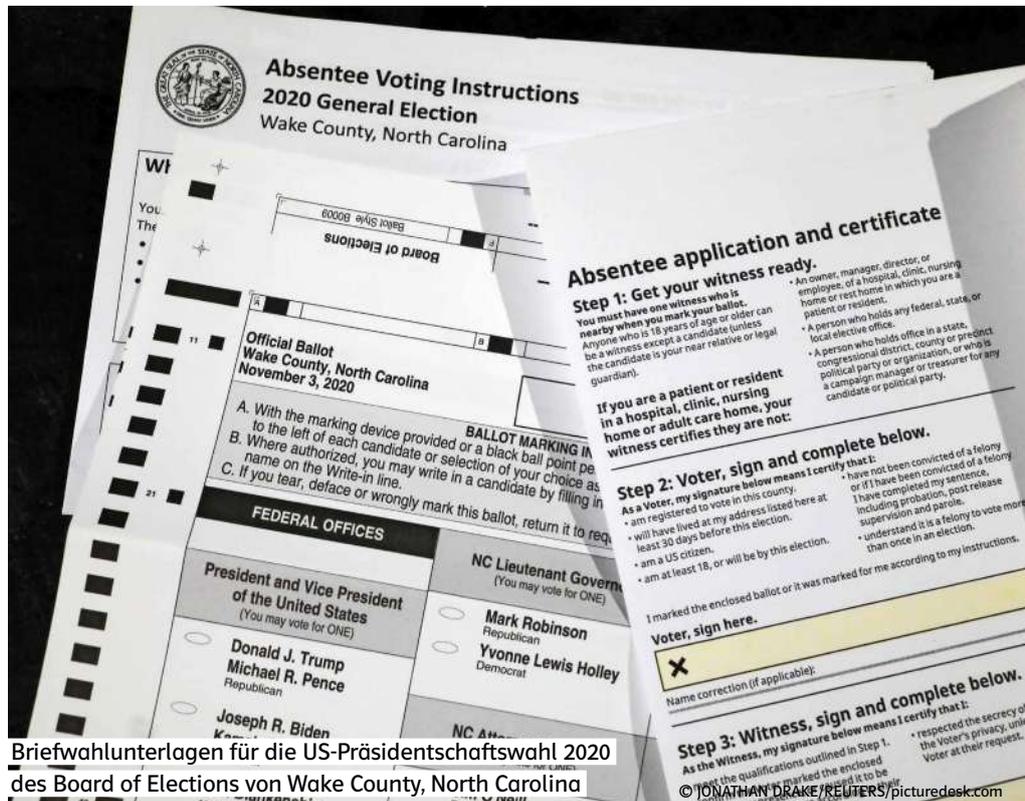
An diesem allgemeinen landesweiten Wahntag werden jedoch, wie teilweise auch bei den Vorwahlen, die Präsidentschaftskandidaten nicht direkt gewählt; das geschieht erst im Dezember durch die so genannten **Elektoren**. Jeder Bundesstaat hat so viele Elektoren, wie er Abgeordnete in den Kongress entsendet, d. h. jeweils zwei Senatoren und mindestens einen Abgeordneten des Repräsentantenhauses, abhängig von der Einwohnerzahl (z. B. Kalifornien: 55; Delaware: 3).

Die Wahlberechtigten können normalerweise ihr **Ticket** auf dem Wahlzettel ankreuzen, aber damit bestimmen sie nur das Wahlergebnis im jeweiligen Bundesstaat mit: In 48 der 50 BS gilt das Prinzip „**The Winner takes it all**“:

Das „Ticket“, welches die Mehrheit der Wählerstimmen erhält, bekommt die Stimmen aller Elektoren dieses Bundesstaates. So gewinnt z. B. jenes „Ticket“, welches in Kalifornien die Stimmenmehrheit erhält, alle 55 Elektoren für die Präsidentschaftswahl, unabhängig davon, wie knapp die Wahl ausgegangen ist.

Normalerweise ernennen die einzelnen Bundesstaaten ihre Elektoren erst nach der Wahl, damit diese auch wirklich ihr „Siegerticket“ beim späteren **Electoral College** wählen.

Es ist in der Vergangenheit nämlich schon vorgekommen, dass einzelne, so genannte **faithless electors**, entgegen dem Abstimmungsergebnis der Wählerinnen und Wähler ein anderes „Ticket“ gewählt haben. Deshalb sind die Elektoren mittlerweile in 26 Bundesstaaten sowie in Washington D.C. gesetzlich verpflichtet, entsprechend dem November-Wahlergebnis beim Electoral College abzustimmen. In den anderen Bundesstaaten sind die Elektoren gemäß der Verfassung nach wie vor grundsätzlich frei in ihrem Abstimmungsverhalten. Nur Maine (4) und Nebraska (5) teilen die Wahlleute proportional, also nach dem Anteil der Stimmen, auf.



Briefwahlunterlagen für die US-Präsidentschaftswahl 2020 des Board of Elections von Wake County, North Carolina



Die Elektorenstimmen, nicht die Wähler/innenstimmen entscheiden!

Wer mehr als die Hälfte der Elektoren, d. h. mindestens 270 Wählerleute, für sich gewinnen kann, gewinnt die Präsidentschaftswahl. Bundesstaaten, in denen die Mehrheitsverhältnisse sich immer wieder verändern, werden als **Swing States** bezeichnet (z. B. Florida mit 29 Wählerleuten). In solchen Swing States ist der Wahlkampf meist besonders heftig.

Das indirekte Mehrheitswahlssystem ermöglicht auch, dass nicht immer jene Person Präsident bzw. Präsidentin wird, welche bei der Novemberwahl die Stimmenmehrheit im Gesamtstaat USA bekommt. In der Geschichte

der USA unterlagen bisher fünfmal Kandidaten bzw. Kandidatinnen, die im Gesamtstaat die Stimmenmehrheit erhalten hatten, im entscheidenden Kampf um die Stimmen der Elektoren.

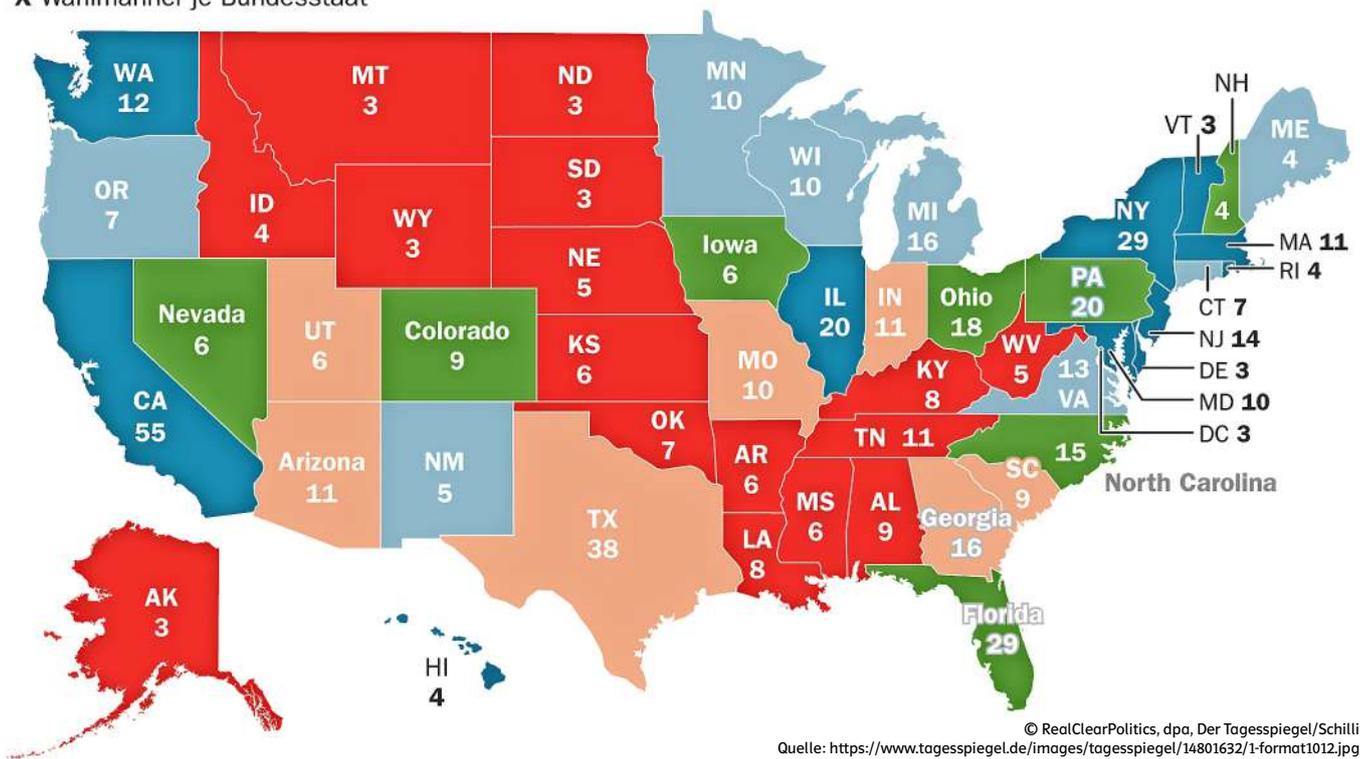
Im Jahr 2000 z. B. betraf das den Demokraten Al Gore (mit 532.994 Stimmen Vorsprung auf George W. Bush), im Jahr 2016 Hillary Clinton, die im gesamten Bundesgebiet 2.868.691 Stimmen mehr als Wahlsieger Donald Trump erhielt. Für ihn stimmten später jedoch 304 Elektoren, für Clinton nur 227. Außerdem gab es sieben „faithless electors“ (zwei, die für Trump, und fünf, die für Clinton hätten stimmen sollen).

US-Präsidentschaftswahl: Umkämpfte Bundesstaaten

Am **8. November 2016** entscheiden die US-Bürger, für welchen **Präsidentschaftskandidaten die Wahlmänner ihres Bundesstaates stimmen sollen.**

■ Clinton ■ eher Clinton ■ Trump ■ eher Trump ■ noch nicht festgelegt (Swing State)

X Wahlmänner je Bundesstaat



© RealClearPolitics, dpa, Der Tagesspiegel/Schilli
Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/images/tagesspiegel/14801632/1-format1012.jpg>
(abgerufen am 13.8.2020)

USA mit Bundesstaaten und eingetragener Anzahl der Wählerleute;
Kennzeichnung der Staaten mit traditionellen Mehrheitsverhältnissen
und Kennzeichnung traditioneller Swing States.



Electoral College (Wahlleutegremium) und Inauguration (Amtseinführung)

Normalerweise steht nach den Novemberwahlen der neue US-Präsident bzw. die neue US-Präsidentin fest. Offiziell jedoch wird er bzw. sie erst 41 Tage später beim **Electoral College** gewählt, wenn alle Wahlleute in der Hauptstadt ihres jeweiligen Bundesstaates ihre Stimme abgegeben haben. (Wenn kein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit erhält, wählt das ebenfalls neu gewählte Repräsentantenhaus den Präsidenten. Dabei hat jeder Bundesstaat nur eine Stimme.)

Ausgezählt werden diese Stimmen traditionell Anfang Jänner vom Kongress der USA. Dann wird offiziell verkündet, wer für vier Jahre als nächster Präsident oder als nächste Präsidentin in das Weiße Haus einziehen wird.

Die Amtseinführung – die Inauguration – erfolgt entsprechend einer Verfassungsbestimmung aus dem Jahr 1933 immer am 20. Jänner.



Angelobung Donald Trumps als US-Präsident am 20.01. 2017 auf den Stufen vor dem Kapitol in Washington DC.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Fasse die wesentlichen Unterschiede zwischen dem US-Mehrheitswahlsystem und dem österreichischen Verhältniswahlrecht zusammen.
2. Erkläre, warum man auch ohne Mehrheit der Wähler- und Wählerinnenstimmen im gesamten Bundesgebiet US-Präsident bzw. US-Präsidentin werden kann.
3. Erörtere mögliche Vorteile, Nachteile und Probleme des US-amerikanischen Wahlsystems.



Die Präsidentschaftskandidaten 2020

Donald John Trump



Geboren 1946 in New York City; seine große Bekanntheit in den USA erwarb er sich als Unternehmer des Milliarden-Konzerns „Trump Organization“ und als Fernsehentertainer bei der Realityshow „The Apprentice“. Er schloss das Studium der Wirtschaftswissenschaften (Fachbereich: Immobilien) mit dem Bachelor ab. Vom Militärdienst wurde er aus medizinischen Gründen befreit.

Bis zu seiner Registrierung bei den Republikanern (2009) unterstützte er verschiedene Parteien. Vor seiner Wahl zum US-Präsidenten hatte er kein politisches Amt ausgeübt. Er ist mit 70 Jahren der bislang älteste Mann bei Amtsantritt als US-Präsident.

Joseph Robinette „Joe“ Biden



Geboren 1942 in Scranton, Pennsylvania; nach einem Studienabschluss in Geschichte und Politikwissenschaften promovierte er noch im Fach Rechtswissenschaften (1968). Nach seiner Berufstätigkeit als Anwalt arbeitete er als Universitätslehrer für Verfassungsrecht.

Mit nur 29 Jahren wurde er 1973 Senator und vertrat in diesem Amt bis 2009 den Bundesstaat Delaware. Von 2009 bis 2017 war er unter Präsident Obama zwei Perioden lang Vizepräsident.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Erweitere die Steckbriefe der beiden Präsidentschaftskandidaten mit Hilfe von Informationen aus der Tagespresse, aus politischen Magazinen oder aus Internet-Artikeln. Wählt selbst Schwerpunkte für eure Recherchen und Ergänzungen.
2. Erstelle Steckbriefe des jeweiligen Vizepräsidentenkandidaten bzw. der Vizepräsidentenkandidatin.
3. Charakterisiere diese vier Personen hinsichtlich ihrer Ausbildung, ihres politischen Werdegangs und ihrer Wahlversprechen.

Noch mehr zum Thema „US-Präsidentschaftswahl“

Auf <https://www.oebv.at/uswahl2020> bietet der öbv weitere Materialien zur US-Präsidentschaftswahl an.

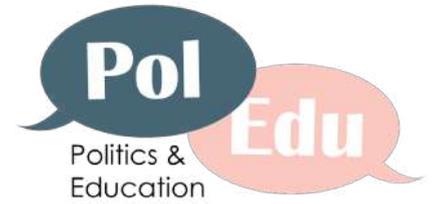
Inhalte des öbv-US-Wahl-Schwerpunktes im Zeitbilder Lehrwerk Online:

- Teil I:** Überblick über das US-Wahlsystem (Video + Arbeitsblätter)
- Teil II:** Trotz weniger Stimmen Wahlsieger? Electoral College (Video + Arbeitsblätter)
- Teil III:** Lobbying & Geld im US-Wahlkampf (Video, Arbeitsblätter + Quizlet)
- EXTRA: Teil IV** Arbeitsblatt zur Nachbereitung der US-Wahl

 facebook.com/oebv.at

www.oebv.at/zeitbilder-os

PolEdu. Politics & Education



In turbulenten Zeiten wie diesen sind politische Bildung und das „Miteinander reden“ besonders wichtig – nicht nur, aber auch in der Schule.

Der parteiunabhängige Verein **PolEdu – Politics & Education** ist mit Veranstaltungen, Unterrichtsmaterialien, Workshops, Fortbildungen und einem breiten digitalen Angebot eine innovative Anlaufstelle für politische Bildung und Demokratieerziehung.

Der öbv freut sich, seit 2019 mit PolEdu zusammenzuarbeiten und Lehrer*innen so regelmäßig Webinare, Erklärungsvideos, Arbeitsblätter und Unterrichtsideen zu diversen Themen zur Verfügung stellen zu können – aktuell zur US-Wahl am 3. 11. 2020.

PolEdu bietet Lehrkräften eine verlässliche Unterstützung im Bereich der politischen Bildung.

- In zahlreichen auf dem YouTube-Kanal von PolEdu aufrufbaren Videos werden aktuelle Themen einfach und verständlich aufbereitet.
- Ein Lehrer*innen-Newsletter liefert Unterrichtsideen und -materialien für alle Schulstufen.
- Mit Workshops kommt PolEdu an Schulen, um politische Bildung auf innovative und kurzweilige Art zu vermitteln und zur Debatte einzuladen.
- Bei Veranstaltungen bekommen Jugendliche die Chance, mit Persönlichkeiten zu diskutieren, bisher u. a. mit Brigitte Bierlein, Armin Wolf, Christian Kern und Irmgard Griss.
- All dies und viele weitere Informationen finden Sie unter www.poledu.at sowie in den sozialen Netzwerken.



Die PolEdu-Obmänner Christian Pörtl und Pascal Günsberg im Gespräch mit Brigitte Bierlein.
Die damalige Bundeskanzlerin war im Dezember 2019 bei PolEdu und debattierte mit 130 Schüler*innen.